

Geschäftszahlen:
BKA: 2023-0.004.651
BMKOES: 2023-0.330.029
BMEIA: 2023-0.067.205

57/8

Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Humanitäre Krisen im Nahen Osten und Afghanistan und Region sowie in Westafrika und Ostafrika; Bereitstellung von Mitteln aus dem Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland (Bundesgesetz über den Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland)

Österreich unterstützt im Sinne seiner humanitären Tradition und angesichts der dramatischen Situation im Nahen Osten, in Afghanistan und Region sowie in Westafrika und Ostafrika die humanitären Anstrengungen österreichischer Nichtregierungsorganisationen vor Ort.

1. Libanon

Die humanitäre Situation der Menschen im Libanon ist nach dem Zusammenbruch der Wirtschaft des Landes in 2019 und der verheerenden Explosionskatastrophe im Hafen Beirut weiterhin äußerst prekär. Laut Zahlen der Wirtschafts- und Sozialkommission der Vereinten Nationen für Westasien (UN ESCWA) leben über 80% der libanesischen Bevölkerung in Armut. Auf Grund der sprunghaft verschlechterten globalen Ernährungsunsicherheit sind 2 Mio. Menschen (1,3 Mio. Libanesen und 700.000 syrische Flüchtlinge) auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Seit Beginn des Krieges in Syrien hat das Land laut Angaben des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) rund 1,5 Mio. syrische Geflüchtete aufgenommen. Damit ist der Libanon mit einer Bevölkerung von 5,5 Mio. weltweit das größte Aufnahmeland für Flüchtlinge, eine weitere enorme Belastung für die gesamte Infrastruktur. Von dieser angespannten humanitären Notsituation sind insbesondere Frauen und Mädchen betroffen. Zwei Drittel aller Menschen, die akuten Nahrungsmittelbedarf haben, sind Frauen. Nur jede dritte Frau befindet sich in Ausbildung oder einem dauerhaften Arbeitsverhältnis.

2. Jordanien

Der wirtschaftliche, politische, soziale und demographische Druck aufgrund der direkten Nachbarschaft zu Syrien ist in Jordanien unverändert hoch. Seit 2011 haben gemäß UNHCR über 723.000 Flüchtlinge in Jordanien Zuflucht gefunden (weltweit die dritthöchste Anzahl syrischer Flüchtlinge), mehr als die Hälfte von ihnen sind Kinder. Die humanitäre Situation der Flüchtlinge ist weiterhin fragil. Über 90% Prozent der Syrerinnen und Syrer in Jordanien leben unter der Armutsgrenze und kämpfen ums Überleben. Insbesondere fehlt es an Grundversorgung wie Nahrungsmittel, Zugang zu Trinkwasser und medizinischer Versorgung. Humanitäre Soforthilfe soll die Resilienz der Flüchtlinge und der vulnerabelsten in den Aufnahmegemeinden vor Ort stärken.

3. Afghanistan und Region

Afghanistan befindet sich in einer katastrophalen humanitären Situation. Der Jahrzehnte andauernde bewaffnete Konflikt in Afghanistan, die Auswirkungen von COVID-19, die das Land wirtschaftlich zum Stillstand brachten, wiederkehrende Naturkatastrophen wie Dürre und eine sich vertiefende Armut führen zu einer akuten humanitären Notlage für die afghanische Zivilbevölkerung, die sich im harten afghanischen Winter dramatisch zugespitzt hat. Laut dem Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UN OCHA) sind dzt. 28,3 Mio. Menschen (fast zwei Drittel der Bevölkerung Afghanistans), überwiegend Frauen und Kinder, dringend auf humanitäre Hilfe angewiesen. Von 20 Mio. unter Ernährungsunsicherheit leidenden Menschen befinden sich 6 Mio. an der Schwelle zur Hungersnot. 3,2 Mio. Kinder unter fünf Jahren sind akut unterernährt. Die verheerende wirtschaftliche und soziale Situation, verschlimmert durch die Covid 19 Pandemie und das repressive Regime zwingen viele Afghanen zur Flucht. Laut UNHCR gelten rund 3,5 Mio. Menschen in Afghanistan als intern vertrieben, weitere 2,3 Mio. sind ins Ausland geflohen, vor allem in die Nachbarländer. Von all diesen Entwicklungen sind Frauen und Mädchen besonders betroffen. Mit weiter stark ansteigenden Flüchtlingszahlen, die die Auswirkungen auf die Nachbarländer der Region verschärfen und sich mit verstärkten Migrationsbewegungen auf Europa auswirken, ist zu rechnen. Eine wirksame humanitäre Hilfe vor Ort zur Versorgung der Flüchtlinge in der Nähe ihrer Heimat ist essentiell.

4. Burkina Faso

Burkina Faso zählt zu den zehn ärmsten Ländern weltweit (Platz 182 von 189 laut Index der menschlichen Entwicklung der Vereinten Nationen, 2020). Gemäß dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) sind derzeit 4,9 Mio. Menschen dringend auf humanitäre Unterstützung angewiesen, darunter 2,8 Mio. Kinder. Mehr als 1,8 Mio. Menschen gelten als intern vertrieben, die Mehrheit davon Kinder und Frauen.

Grenzübergreifende Gewalt bewaffneter Gruppen hat zu einer starken Beeinträchtigung des Zugangs der in extremer Armut lebenden Bevölkerung zu lebensnotwendigen Leistungen geführt. Durch die Schließung von 5.500 Schulen ist die Bildung für mehr als 1 Mio. Kinder gefährdet. Das Gesundheitssystem im Land ist sehr fragil, Krankenhäuser und Erstversorgungszentren sind chronisch unterfinanziert. Neben der unzureichenden Gesundheitsversorgung fehlt es vor allem an Nahrungsmitteln und grundlegenden Gütern des täglichen Bedarfs. Burkina Faso ist seit 1992 ein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

5. Äthiopien

Das unter einer der größten Dürre seit Jahrzehnten leidende Land wird durch die Auswirkungen einer der schlimmsten Heuschreckenplagen der letzten Jahrzehnte und die sozialen, psychischen und wirtschaftlichen Folgen der COVID-19 Pandemie vor weitere enorme Herausforderungen gestellt. Derzeit sind mindestens 28 Mio. Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen, darunter laut UNICEF 16,5 Mio. Kinder. 5,5 Mio. Menschen haben akuten Nahrungsmittelbedarf oder gelten laut Welternährungsprogramm (WFP) bereits als chronisch unterernährt. Trotz des Friedensprozesses zur Beilegung des Konflikts in der Provinz Tigray sind 2,6 Mio. Menschen im Norden des Landes intern vertrieben (IDPs) und ist die Sicherheitslage in anderen Provinzen fragil. Darüber hinaus beherbergt das Land gemäß UNHCR über 800.000 Geflüchtete aus dem Südsudan, Somalia, Eritrea und Sudan. Äthiopien ist seit 1993 Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

6. Uganda

In Uganda lebt ein Fünftel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze und von weniger als USD 1,90 am Tag. Das Land leidet an unzureichendem Zugang zu Grundnahrungsmitteln und drastisch angestiegenen Grundnahrungsmittelpreisen. Laut UNICEF benötigen rund 15,7 Mio. Menschen humanitäre Hilfe. Jedes dritte Kind gilt gemäß Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) als mangelernährt. Die Heuschreckenplage verschlimmerte die humanitäre Not vieler Menschen rapide, vor allem im Nordosten des Landes. Uganda beherbergt derzeit laut UNHCR mit 1,4 Mio. Menschen die meisten Flüchtlinge in ganz Afrika, vor allem aus dem Südsudan (62% der Flüchtlinge) und der Demokratischen Republik Kongo. Geflüchtete sind mit Nahrungsunsicherheit, Unterernährung und mangelndem Zugang zu Gesundheitsversorgung konfrontiert. Uganda ist seit 1992 ein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

7. Mosambik

Mosambik zählt zu den am stärksten von Naturkatastrophen betroffenen Staaten weltweit. Überschwemmungen und Zyklone tragen zu Ernteaussfällen, wetterbedingter Vertreibung der Bevölkerung sowie schweren Schäden an lebensnotwendiger Infrastruktur bei, unter anderem im Bereich der medizinischen Grundversorgung. Insbesondere der Norden des Landes und die Provinz Cabo Delgado sind durch jahrelang andauernde und immer wiederkehrende terroristische Auseinandersetzungen schwer in Mitleidenschaft gezogen.

Laut UN OCHA benötigen 2 Mio. Menschen dringend humanitäre Hilfe, darunter befinden sich laut UNICEF mehr als 800.000 Kinder. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) weist darauf hin, dass sich 80 Prozent der 28 Mio. Einwohner Mosambiks keine ausreichende Ernährung leisten können, wodurch Mosambik eines der am stärksten von Hunger betroffenen Länder der Welt ist. Laut WFP sind 42,3 Prozent der Kinder unter fünf Jahren unterentwickelt. Mehr als 946.000 Menschen sind laut Internationaler Organisation für Migration (IOM) in Mosambik intern vertrieben.

Seit Februar 2023 wurde Mosambik durch schwere Überschwemmungen und verheerende Auswirkungen des Zyklons „Freddy“, einen der stärksten und längst anhaltenden Zyklone der letzten Jahrzehnte, getroffen. Die kumulativen Auswirkungen der multiplen, sich verstärkenden Krisen – Überschwemmungen, Zyklon „Freddy“, ein seit Wochen landesweiter Cholera Ausbruch und die Sicherheitskrise im Norden des Landes - sind verheerend. Mehr als 132.000 Häuser sind zerstört, 67.000 Gebäude überschwemmt, 123 Gesundheitseinrichtungen und sechs Wasserversorgungssysteme und über 1.000 Schulen schwer beschädigt. Neben weitverbreiteten schweren Schäden an lebensnotwendiger Infrastruktur mangelt es an sicherem Zugang zu lebensnotwendigen Gütern wie Trinkwasser, Nahrungsmittel und Unterkünften besonders für die vulnerable Bevölkerung (Frauen, Kinder, Kranke, ältere Menschen). Laut Angaben von UN OCHA sind mindestens 3,15 Mio. Menschen von akuter Nahrungsunsicherheit betroffen. Mosambik ist seit 1992 ein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit

8. Südsudan

Im Südsudan nimmt die Zahl der Menschen, die humanitäre Hilfe benötigen, immer stärker zu. Von einer Bevölkerung von 11,4 Mio. benötigen laut UN OCHA 9,4 Mio. Menschen, darunter gemäß UNICEF 4,7 Mio. Kinder, humanitäre Hilfe. Die Vereinten Nationen haben zuletzt mehrfach vor Hungerkatastrophen gewarnt. 6,6 Mio. Menschen leiden bereits unter einer akuten Nahrungsunsicherheit. Über 1,4 Mio. Kinder gelten bereits als akut unterernährt. Der langjährige Bürgerkrieg hat tiefe Spuren der Verwüstung in der Infrastruktur des Landes und weitverbreitete Armut hinterlassen. Neben laut

UNHCR 2,2 Mio. sudanesischen Flüchtlingen in der Region sind laut IOM mehr als 2 Mio. Menschen intern vertrieben.

Österreich ist es ein Anliegen, Hilfe vor Ort zu leisten. Zur Bekämpfung dieser humanitären Krisen ist ein österreichischer Betrag von EUR 21,5 Mio. aus Mitteln des Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland vorgesehen, der mit dem Bundesgesetz über den Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland (Auslandskatastrophenfondsgesetz), BGBl. I Nr. 23/2005, errichtet wurde und die Aufgabe hat, Maßnahmen im Zusammenhang mit Katastrophenfällen im Ausland zu finanzieren, die der Beseitigung von Katastrophenschäden und der humanitären Hilfe dienen. Über die Verwendung der Mittel dieses Fonds entscheidet gemäß § 3 dieses Gesetzes in jedem einzelnen Katastrophenfall die Bundesregierung. Die Abwicklung des Betrages soll im Wege der Austrian Development Agency (ADA) erfolgen

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen stellen wir daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle beschließen, zur Bekämpfung der humanitären Krisen im Mittleren Osten (Libanon und Jordanien) und in Afghanistan und Region sowie in Afrika (Burkina Faso, Äthiopien, Mosambik, Uganda und Südsudan) insgesamt EUR 21,5 Mio. aus Mitteln des Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland an österreichische Nichtregierungsorganisationen wie folgt zur Verfügung zu stellen:

1. EUR 3 Mio. für Libanon
2. EUR 3,5 Mio. für Jordanien
3. EUR 1 Mio. für Afghanistan und Region
4. EUR 4 Mio. für Burkina Faso
5. EUR 5 Mio. für Äthiopien
6. EUR 3 Mio. für Mosambik
7. EUR 1 Mio. für Uganda
8. EUR 1 Mio. für Südsudan

02. Mai 2023

Karl Nehammer
Bundeskanzler

Mag. Werner Kogler
Vizekanzler

Mag. Alexander
Schallenberg, LL.M.
Bundesminister